

A8 7. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft gestalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GRÜNE JUGEND Baden-Württemberg (Beschluss vom 28.3.2025)

Tagesordnungspunkt: 3 Mehr Mut zur Jugend - Politik nur mit uns!

Antragstext

1 Junge Menschen sehnen sich nach sozialer Absicherung und einem stärkeren
2 gesellschaftlichen Zusammenhalt. Soziale Sicherheit heißt, niemanden im Stich zu
3 lassen. Deshalb fordern wir wirkungsvollere und flächendeckende **Hilfsangebote**
4 **für Menschen in Armut**, eine verbesserte **Gesundheitsversorgung für Wohnungslose**
5 und den Ausbau von **Sprachmittlung im Gesundheitswesen**. Tafeln,
6 Schuldner*innenberatungen und soziale **Hilfsprojekte müssen finanziell gestärkt**
7 werden, um Menschen in Not effektiv zu helfen.

8 Gleichzeitig dürfen Tafeln keine Dauerlösung sein. Niemand sollte auf wohltätige
9 Lebensmittelvergabe angewiesen sein, um den Alltag zu bestreiten. Sie sind
10 Ausdruck eines Systems, das Armut nicht verhindert, sondern verwaltet. Unser
11 Ziel ist ein sozial gerechtes Gemeinwesen, in dem solche Notlösungen überflüssig
12 werden. **Das muss einen Paradigmenwechsel von Projektförderung hin zu**
13 **institutioneller Förderungen für freie Träger der Sozialhilfe bedeuten.**

14 Für mehr gesellschaftlichen Zusammenhalt müssen **Integrations- und Sprachkurse**
15 flächendeckend und kostenlos verfügbar sein, **Ausländerbehörden personell besser**
16 **ausgestattet** und traumatisierte **Menschen mit Fluchtgeschichte umfassend**
17 **psychologisch unterstützt** werden. Für Ausländerbehörden braucht es außerdem
18 regelmäßige Anti-Rassismus Schulungen und Fortbildungen über die Anwendung des
19 Ermessensspielraums. Hierfür muss das Land gemeinsam mit dem Bund die Kommunen
20 umfassend finanziell ausstatten. Die elektronische Gesundheitskarte (eGK) soll
21 für alle Geflüchteten in Baden-Württemberg eingeführt werden. Damit wird eine
22 diskriminierungsfreie und unbürokratische Gesundheitsversorgung sichergestellt.

23 Kinder und Jugendliche in schwierigen Lebenssituationen müssen stärker
24 unterstützt werden.

25 Dazu gehört, dass in Wohngruppen der Jugendhilfe mehr Taschengeld zur Verfügung
26 gestellt wird, um soziale Teilhabe zu ermöglichen. Außerdem soll sich das Land
27 dafür einsetzen, dass der Personalschlüssel in allen Bereichen der Jugendhilfe
28 erhöht wird.

Die Landespolitik muss sich außerdem für die **Anerkennung geschlechtsspezifischer Verfolgung** als Fluchtgrund auf Bundesebene einsetzen. Solange dies noch nicht umgesetzt wurde, soll das Land soweit möglich ein **Sonderaufnahmeprogramm Jesid*innen II** sowie ein **Sonderaufnahmeprogramm für Menschen, die von geschlechtsspezifischer Verfolgung** betroffen sind, auf den Weg bringen. Das Land muss außerdem den Familiennachzug für im ersten Landesaufnahmeprogramm aufgenommene Jesid*innen ermöglichen.

Aufbauend auf dem Ermessensspielraum von Behörden müssen Abschiebungen von **Menschen in Arbeitsverhältnissen** ausgesetzt und **Duldungen für 6 anstatt 3 Monate** ausgegeben werden. **Unabhängige Beratungen zu Möglichkeiten des Aufenthalts** sollen staatlich besser finanziert und weiter ausgebaut werden. Für **Menschen in der Abschiebehaft** muss ebenfalls ein **Recht auf unabhängige Rechtsberatung** gelten und **NGOs muss Zugang** gewährt werden. Darüber hinaus fordern wir die sofortige Abschaffung der Abschiebehaft in Pforzheim sowie perspektivisch den vollständigen Abbau aller Abschiebehaftplätze in Baden-Württemberg. Abschiebehaft kriminalisiert Schutzsuchende, verletzt grundlegende Menschenrechte und führt zu massiven psychischen Belastungen. Anstatt Menschen einzusperren, müssen wir als Land auf eine humanitäre Migrationspolitik setzen, die Schutz und Integration ins Zentrum stellt.

Die Landesregierung muss sich zudem mit allen ihren Möglichkeiten auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die **zivile Seenotrettung** ihre Arbeit auf dem Mittelmeer fortsetzen kann.

Baden-Württemberg braucht ein entschlossenes und dauerhaft finanziertes Landesprogramm zur **Bekämpfung von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit und Rechtsextremismus**. Projekte gegen Rassismus, Ableismus, Antisemitismus, Homophobie, Sexismus sowie die Abwertung von wohnungslosen Menschen müssen aktiv gefördert werden. Zudem ist eine **verlässliche Finanzierung von Initiativen** erforderlich, die sich direkt mit der Bekämpfung rechtsextremer Strukturen befassen – darunter **Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt** sowie **Programme für den Ausstieg aus der rechtsextremen Szene**. Das Land muss klare Kante gegen menschenfeindliche Ideologien zeigen und den betroffenen zivilgesellschaftlichen Organisationen langfristige finanzielle Sicherheit bieten.

Gleichzeitig muss eine Stelle für eine*n **Antirassismus/Integrations-Beauftragte*n des Landes** geschaffen und mit entsprechenden Ressourcen **ausgestattet** werden, um strukturelle Diskriminierung effektiv zu bekämpfen und Betroffene besser zu unterstützen. Nur eine inklusive Gesellschaft, in der alle Menschen gleichberechtigt teilhaben können, ist eine gerechte Gesellschaft.

Es braucht zudem endlich eine echte **Umsetzung der UN-Behindertenrechtskonvention**. Das Land muss **Barrierefreiheit zur verbindlichen Vorgabe in allen öffentlichen Neubauten und Digitalangeboten** machen, inklusive Schul- und Ausbildungswege konsequent fördern und ausreichend Mittel für **multiprofessionelle Teams in Schulen** bereitstellen. Auch in der Arbeitswelt muss

72 das Land **Anreize für Betriebe** schaffen, um Menschen mit Behinderung
73 einzustellen, und **inklusive Ausbildungsmodelle** sowie **Werkstätten für Menschen**
74 **mit Behinderung stärker mit dem ersten Arbeitsmarkt verknüpfen**. Nur so wird
75 Teilhabe wirklich möglich. Eine gerechte und solidarische Gesellschaft braucht
76 mutige soziale Politik!

Unterstützer*innen

Julia Ehrhardt